

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 278 vom 12.12.2012

### Wolfsmanagementplan 2013-2017

#### **Dieter Dombrowski: Wolfsmanagementplan wird Probleme nicht lösen**

Zum Entwurf des Wolfsmanagementplan Brandenburg für die Jahre 2013 bis 2017, der heute abschließend beraten wurde, sagt der agrar- und umweltpolitische Sprecher, Dieter Dombrowski:

„Der Wolfsmanagementplan der Landesregierung wirft nach einem Jahr intensiver Beratungen mehr Fragen auf, als er Antworten gibt. Es gibt kaum praxistaugliche Lösungen, insbesondere für die Brandenburger, die mit den Folgen der Wiederansiedlung des Wolfes leben müssen. So werden Tierhalter auch künftig keinen vollständigen Ausgleich für Schäden durch Wölfe erhalten. Die von der CDU geforderte Gleichbehandlung von gewerblichen und privaten Tierhaltern bei geförderten Maßnahmen zur Schadensprävention wird es auch nicht geben. Künftig werden sich die Freilandtierhaltung und die Weidewirtschaft dem Wolf unterordnen müssen. Die enormen zeitlichen und finanziellen Mehrbelastungen der Tierhalter, z.B. durch den Bau von Schutzvorkehrungen für ihre Tierbestände oder die Unterhaltskosten für Herdenschutzhunde, werden dazu führen, dass insbesondere die Nutztierhaltung in ihrer Existenz gefährdet ist. Das ist ein schwerer Fehler und ein herber Rückschlag für diesen wichtigen Wirtschaftszweig.

Der Plan macht auch keine Angaben darüber, wie viele Wölfe unsere Kulturlandschaft überhaupt verträgt und welche Populationsdichte in Brandenburg angestrebt wird. Damit fällt der überarbeitete Wolfsmanagementplan sogar hinter den Plan aus dem Jahr 1994 zurück.

Seit Monaten fordern wir, den Wolf in das Brandenburgische Jagdrecht aufzunehmen und einer ganzjährigen Schonzeit zu unterstellen. Auch die streng geschützten Luchse oder Fischotter unterliegen dem Bundesjagdrecht; sie sind aber von der Jagd ausgenommen. Jäger verfügen über die notwendige Ortskenntnis in ihrem Jagdrevier und das wildbiologische Wissen, um die jagdrechtliche Hegeverpflichtung zu leisten und ein praxisnahes Wolfsmonitoring zu gewährleisten.

Zuletzt fehlen Angaben zu den Kosten des Wolfsmonitorings und der zahlreichen Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Dieser Plan wird die Probleme nicht lösen.“